

24.11.2020

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/11100 und Ergänzungen der Landesregierung – Drucksachen 17/11800 und
17/11850 –

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/11903

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

hier:

Kapitel 03 310 **Fünf Bezirksregierungen**

Titel 422 74 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten,
Richterinnen und Richter sowie Beamtinnen und Beamten im
Vorbereitungsdienst**

Erhöhung des Ansatzes

2021

von 31.159.200 Euro
um 1.500.000 Euro
auf 32.659.200 Euro

Ansatz lt. HH 2020
30.342.000 Euro

Errichtung von 30 Planstellen Besoldungsgruppe A11

Begründung:

Der Ausbruch von Corona in vielen fleischverarbeitenden Betrieben im Sommer hat die Notwendigkeit von einem starken Arbeitsschutz in NRW nochmal unterstrichen. Die Stellenerhöhung dient auch dazu, mögliche Brüche durch die von der Landesregierung vorgesehene Neujustierung im Bereich des Arbeitsschutzes zu lindern. Daher werden zur Stärkung bei den Bezirksregierungen 30 neue Stellen eingerichtet. Eine Gegenfinanzierung erfolgt über eine Absenkung des Personalansatzes im Kapitel des Ministerpräsidenten.

Datum des Originals: 24.11.2020/Ausgegeben: 24.11.2020

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Stefan Zimkeit

und Fraktion